

# Karliczek: Europa gemeinsam gegen Krebs



(ots) Ratspräsidentschaftstrio Deutschland, Portugal und Slowenien unterzeichnet gemeinsame Erklärung für eine starke europäische Krebsforschung

Am heutigen Dienstag verabschiedeten die Forschungsminister aus Deutschland, Portugal und Slowenien die Deklaration „Europa: Gemeinsam gegen Krebs“. Unter der Schirmherrschaft der deutschen EU Ratspräsidentschaft trafen sich die Minister auf der forschungspolitischen Konferenz „Europe: Unite against Cancer“, um über gemeinsame Wege zur Stärkung der europäischen Krebsforschung zu beraten. Dazu erklärt Bundesforschungsministerin Anja Karliczek:

„Um die Perspektiven und die Lebensqualität von Krebspatientinnen und -patienten weiter zu verbessern, müssen wir in Europa zusammenarbeiten – hier kann kein Land alleine erfolgreich sein. Darum freue ich mich, dass wir heute einen wichtigen Schritt gehen konnten und eine gemeinsame Deklaration auf den Weg gebracht haben. Krebspatientinnen und -patienten in Europa sollen den gleichen Zugang zu der besten und modernsten Prävention, Diagnostik, Therapie und Nachsorge haben. Der Schlüssel dafür ist eine exzellente europäische Krebsforschung. Deshalb wird Deutschland seinen Beitrag zum europäischen Fördernetzwerk TRANSCAN um zwei Millionen Euro auf insgesamt fünf Millionen Euro erhöhen. Gleichzeitig ist es von großer Bedeutung, dass die Patientinnen und Patienten

stärker in die Krebsforschung eingebunden werden und von Anfang Forschungsprojekte mitgestalten können. Dazu gehört auch, dass die Wissenschaft sich öffnet und ein Kulturwandel hin zu mehr Partizipation stattfindet. Um diesen wichtigen Prozess zu unterstützen, werden wir gemeinsam mit unseren Trio-Partnern der Ratspräsidentschaft eine Initiative ins Leben rufen, damit die Einbindung von Patientinnen und Patienten in Europa zum Standard wird. Damit wollen wir die europäische Krebsforschung stärken und weiter voranbringen. Ich freue mich, dass Portugal und Slowenien diese wichtigen Themen auch in ihre Präsidentschaften hineinragen werden, denn wir sind überzeugt: Gemeinsam und vernetzt und vor allem mit den Patientinnen und Patienten zusammen wird Europa im Kampf gegen Krebs erfolgreicher sein.“

„Die European Academy of Cancer Sciences (EACS) sowie weitere europäische Organisationen und Krebszentren haben unlängst zusammen gemeinsame Ziele für die Umsetzung eines missionsorientierten Ansatzes zur Krebsbekämpfung im Rahmen von Horizont Europa formuliert. Dabei geht es um Translationsforschung über das gesamte Forschungsspektrum, die alle Bereiche der Prävention, Behandlung und Behandlungsleitlinien widerspiegelt“, fügt Manuel Heitor, der portugiesische Minister für Wissenschaft, Technologie und Hochschulbildung, hinzu. „Die Verknüpfung von Forschung und Gesundheitsversorgung ist wichtig und erfordert onkologische Spitzenzentren. Da die kritische Masse bei der Realisierung einer personalisierten Krebsmedizin eine Einschränkung darstellt, ist die Zusammenarbeit zwischen diesen Zentren essentiell für innovative Entwicklungen. Anders ausgedrückt sollte die internationale Zusammenarbeit zwischen Forschungszentren gestärkt werden.“

Minister Heitor erklärt außerdem, dass Europa auch allgemeine gesellschaftliche Auswirkungen berücksichtigen müsse. Hierfür gelte es, länderübergreifend zur deutlichen Reduzierung der enormen Krebslast innerhalb der Europäischen Union beizutragen

sowie die gesundheitsbezogene Lebensqualität von Patientinnen und Patienten durch die Förderung von kostengünstigen, evidenzbasierten Best-Practice-Methoden in der Krebsprävention und -behandlung zu verbessern. „Unser Ziel sollte es sein, in den Mitgliedstaaten bis 2030 bei den erwachsenen Krebspatientinnen und -patienten eine 10-Jahres-Überlebensrate von 75 Prozent zu erzielen. Aber wir müssen alle Menschen und Regionen in Europa mitnehmen. Auch Portugal verfolgt dieses Ziel und appelliert an alle Länder in Europa, sich bewusst zu machen, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Wissenschaft einem umfassenden translationalen Krebsforschungsansatz über die Prävention bis zur Versorgung eine größere Bedeutung beimisst“, so Minister Heitor.

Auch Simona Kustec, slowenische Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Sport betont: „Bereits während der EU-Ratspräsidentschaft 2008 waren die Krebsbekämpfung und insbesondere die Krebsforschung für Slowenien eine erklärte Priorität im Bereich Gesundheit. Zu diesem Zweck wurde für den Zeitraum von 2010 bis 2015 das erste Nationale Krebsprogramm (National Cancer Control Programme, NCCP) initiiert. In diesem Zeitraum konnte die Zunahme der Krebsinzidenz verlangsamt und die Krebsmortalität bei beiden Geschlechtern gesenkt werden. Die Überlebensrate von Krebspatientinnen und -patienten in Slowenien stieg im Vergleich zu früheren Zeiträumen.

Das zweite Nationale Krebsprogramm 2017-2021 legte strategische Ziele für den Zeitraum von 2017 bis 2021 fest, darunter Verringerung der Inzidenz, Verbesserung der Überlebensraten und Steigerung der Lebensqualität von Krebspatientinnen und -patienten. Diese Ziele können nur durch koordinierte Maßnahmen aller Bereiche des Gesundheitssystems erreicht werden, die in den spezifischen Zielen im Hinblick auf primäre und sekundäre Prävention, Diagnostik und Therapie, Rehabilitationsmaßnahmen, Palliativversorgung, Forschung, Aufklärung, Kontrolle der Krebslast und Informationstechnologien definiert werden.

2020 wurde eines der Ziele zur Förderung der Krebsforschung erreicht, indem neben dem Basisdatensatz weitere Diagnose- und Behandlungsvariablen in die sogenannten klinischen Register des slowenischen Krebsregisters (Slovenian Cancer Registry) aufgenommen wurden. Auf diese Weise stehen mehr Daten für die klinische Forschung zur Verfügung und die Qualität der Krebsversorgung kann besser kontrolliert werden.

Es ist sehr wichtig, dass die nationale Förderung der Krebsforschung innerhalb der letzten zehn Jahre auf einem konstanten Niveau blieb und sogar einen leichten Anstieg verzeichnete. Krebsforscherinnen und Krebsforscher konnten weltweit vergleichbare Ergebnisse erzielen.“



Original-Content von: Bundesministerium für Bildung und Forschung